

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 29

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kommenes Mittel zu diesem Ziel ist die Industrialisierung, doch wird daneben zusätzlich eine bewusste Umsiedlungspolitik betrieben (siehe Untersuchung KB Nr. 18), die nicht zuletzt den (wenigstens potentiell) politisch gefährdeten Grenzgebieten gilt. In Kasachstan, das von seinen stammesverwandten Nachbarn auf der andern Seite der chinesischen Grenze aus rassistisch möglichst abgetrennt werden soll, beträgt heute der Anteil der Kasachen an der Gesamtbevölkerung nur noch 29,6 Prozent, derjenige der Russen aber 43,1 Prozent. Die fortschreitende Russifizierung ist im Verhältnis von Russen und Ukrainern besonders aufschlussreich. Standen 1926 den 31,2 Millionen Ukrainern 78 Millionen Russen gegenüber, so lauteten die entsprechenden Zahlen vor zwei Jahren bereits 36 981 000 und 114 588 000. Das russische Element hat also unverhältnismässig stärker zugenommen.

Bei der letzten Volkszählung gaben von den 94,3 Millionen Nichtrussen rund 10 Millionen, vorwiegend Jugendliche, russisch als ihre Muttersprache an.

Russische Parteihegemonie

Die absolut führende Rolle der russischen Nation lässt sich auf der Partei-Ebene noch klarer erkennen. In der RSFSR betrug 1956 die Zahl der Parteimitglieder 5 057 887 oder 7,1 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. In Weissrussland dagegen belief sich der Prozentsatz auf 2,9, in Usbekistan auf 3,8 usw. (Gesamtanteil der

Parteimitglieder für die gesamte UdSSR damals 3,94 Prozent). Eine ähnliche Bevorzugung der Russen zeigt sich in der Zusammenstellung des Zentralkomitees der KPdSU, wo die Russen gegenüber den Mitgliedern anderer Nationalitäten im Verhältnis 2:1 überwiegen, obwohl die Bevölkerungsanteile ein Verhältnis von etwa 1:1 erwarten liessen. Wenn man die Besetzung der Unionsministerien (1956) betrachtet, ist das Übergewicht des russischen Elements noch grösser: zirka 90 Prozent aller Minister.

*

Die Entwicklung geht also tatsächlich den Weg, den schon die marxistisch-leninistische Theorie sah: Parallel mit dem fortschreitenden «kommunistischen Aufbau» werden sich die Grenzen zwischen den Unionsrepubliken (sogar zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien) verwischen. Ziel ist auch eine einheitliche Sprache (d. h. natürlich russisch). Die «Klassiker» des Marxismus-Leninismus waren schon gegen eine Föderation und für einen einheitlichen sozialistischen Staat, Lenin verkündete den föderativen Staat 1917 erst, als er den Nationalismus der nichtrussischen Völker sah. Aber wie er schon den Übergangscharakter der Föderation feststellte, so beginnen heute seine Nachfolger immer deutlicher ihr Ende zu verkünden. In der Praxis wird der Aufbau des Einheitsstaates schon kräftig vorangetrieben.

Gebiet durch Riffe und Felsen gefährdet Schiffahrt bedeutend sicherer gestalten. Wenn das Projekt am langen, durch die Donau gebildeten Grenzabschnitt zwischen den beiden Staaten verwirklicht wird, kann deren Energiewirtschaft entscheidende Verbesserung erfahren.

Ideologie und Propaganda

SBZ

Innenpolitischer Revisionismus

Die jetzige Rekordabwanderung der sowjetzonalen Bevölkerung nach dem Westen hat die SED-Propaganda zu einer «antidogmatischen» Kampagne veranlasst, der das Eingeständnis zugrunde lag, dass die Einwohner sich von der ideologischen Aufklärung nicht beeindrucken liessen.

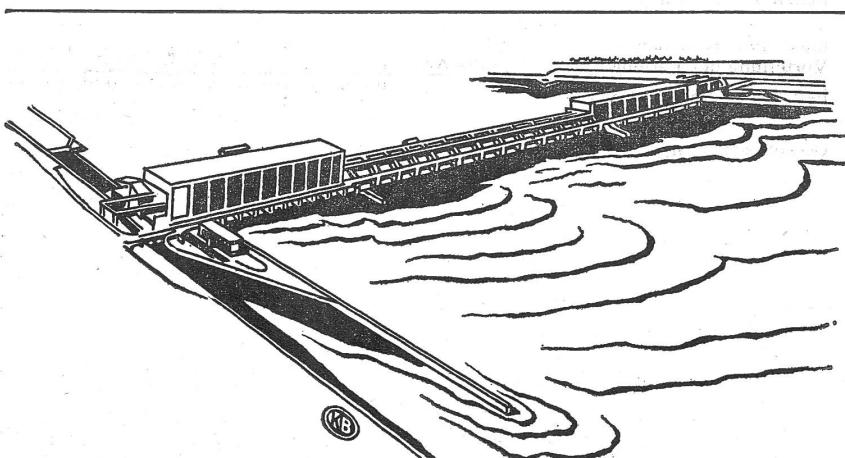
Gleichzeitig werden allen Bürgern «vorübergehende Erschwernisse, Anstrengungen und Opfer» in Aussicht gestellt, weil es mit der Versorgung nicht klappt. Gründe für diesen Zustand werden zahlreiche aufgeführt. Darunter (mittelbar) der, dass die Ausrichtung auf die COMECON-Planung nach sowjetischen Forderungen «Umstellungen» erfordere. Zur Erklärung der Notlage wird ferner ganz direkt ausgeführt, dass China seinen Importverpflichtungen nicht nachgekommen sei.

Allerdings ist der «Kampf gegen den Dogmatismus» heute in der SBZ nicht auf China gemünzt, sondern auf die sture Parteilinie im eigenen Land. Sündenböcke werden bei der anhaltenden Flucht nach dem Westen gesucht werden müssen, und Säuberungen werden jetzt anscheinend theoretisch vorbereitet.

Bei einem kürzlichen Referat vor dem Zentralkomitee der SED verwies laut «Neues Deutschland» der Leiter der Abteilung für Propaganda beim ZK, Kurt Tiedke, auf die Tatsache, «dass wir nach wie vor einen nicht geringen Teil der Bevölkerung mit unserer Propaganda-Arbeit nicht erfassen.» Das Zurückbleiben der aufklärerischen Arbeit hinter den «praktischen Aufgaben» habe nebst vielen unwesentlichen Ursachen einen besonderen Grund: «Das Haupthindernis in der ideologischen Arbeit ist nach wie vor der Dogmatismus... Es wird darum eine der Hauptaufgaben sein, kritisch und selbstkritisch die Ursache für die Zähligkeit dogmatischer Erscheinungen aufzudecken und anhand praktischer Erfahrungen zu zeigen, wie man diese am schnellsten überwinden kann.»

Dass der Dogmatismus «nach wie vor» das Haupthindernis darstellt, ist übrigens nicht so selbstverständlich, denn noch die Moskauer Novembererklärung der kommunistischen Parteien hatte als Hauptgefahr im «sozialistischen» Lager den Revisionismus gebrandmarkt, und selbstverständlich hatte auch die ostdeutsche Presse ihr volles Einverständnis damit erklärt. Allerdings ist in dem von «Neues Deutschland» gebrauchten Sinne der Dogmatismus weniger als politische Konzeption zu verstehen, sondern eher als die bornierte Einstellung des typischen Parteifunktionärs, die bei der Bevölkerung so sehr verhasst ist, dass es selbst der KP-Leitung aufgefallen ist.

Die ideologische Arbeit scheint Pankow um so dringlicher, als auch die wirtschaft-



Wirtschaft

Jugoslawien

Mit Rumänien

Gerade zurzeit, da die Beziehungen Jugoslawiens zu den Volksdemokratien, und nicht zuletzt zu Bukarest, außergewöhnlich gespannt sind, ist die Projektierung eines gewaltigen Gemeinschaftswerkes zwischen den beiden Staaten in ein konkreteres Stadium getreten.

Vor Monatsfrist trat die jugoslawisch-rumänische Kommission zusammen, die 1957 zur Koordinierung der Regulationsarbeiten an der Donau im Gebiete des Eisernen Tors auf Grund eines Abkommens in Brioni ins Leben gerufen wurde. Unterdessen sollen sich die Experten bereits auf eine der drei zur Prüfung vorgelegten Varianten geeinigt haben, welche an der jugoslawisch-rumänischen Grenze die Stauung der Donau mit riesiger Elektrizitäts-

gewinnung bei verbessertem Schiffsverkehr vorsehen.

Das Werk soll die jugoslawische und rumänische Donauseite am Kasanpass (die «Donauschlucht», wo der Strom nur 150 bis 170 Meter breit ist) verbinden. Zwei Stau- und Wasserkraftwerke (eines bei Sir-Gura Vai, das andere weiter unten bei der Timor-Mündung) würden die Donau regulieren und mit ihren Elektrozentralen nicht weniger als 8,3 Milliarden, respektive 2,4 Milliarden Kilowattstunden Energie pro Jahr produzieren. Der Verbrauch an Elektroenergie betrug letztes Jahr in Jugoslawien 9,3 Milliarden kWh und in Rumänien 7,7 Milliarden kWh.

Die verschiedenen Projektvarianten sehen alle den Bau von je einem Damm mit einer 24 Meter breiten Wasserschleuse in der Mitte, einer elektrischen Zentrale und einer den Ufern entlanggeführten Schleppvorrichtung für die Schiffe vor. Der gehobene Wasserspiegel wird die sonst in diesem

liche Lage unbefriedigend ist, hat das Politbüro-Mitglied Erich Honecker (siehe Curriculum) in einem Bericht an das 13. Plenum unter Aufführung bezeichnender Gründe zugegeben:

«Da sich die Deutsche Demokratische Republik als ein Bestandteil des sozialistischen Weltsystems fest in die internationale sozialistische Arbeitsteilung einfügt und in enger Wirtschaftsgemeinschaft mit der Volkswirtschaft der UdSSR kooperiert, sind Voraussetzungen vorhanden, durch die Entwicklung der eigenen Grundstoffindustrie und die Durchführung bestimmter Umstellungen auf die in der UdSSR vorhandenen Rohstoffe bzw. auf den vorhandenen Bedarf von Erzeugnissen Sicherungen gegen derartige Störmassnahmen zu treffen...»

Die Lösung dieser Aufgaben wird von den Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Intelligenz und anderen Werktäglichen weitere Anstrengungen und vorübergehende Erschwerisse und Opfer verlangen...

Hinzu kommt, dass die Naturkatastrophen, die sich in den beiden vergangenen Jahren in der Volksrepublik China und anderen sozialistischen Ländern ereigneten, dazu führten, dass bestimmte Futtermittel und Nahrungsrohstoffe wie z.B. 180 000 Tonnen Sojabohnen aus China nicht eingeführt werden konnten. Sie können auch nicht in jedem Fall durch anderweitige Importe voll ausgeglichen werden. Dadurch ist es möglich, dass bestimmte Lücken in der Versorgung auftreten.

Eine weitere ausserplanmässige Erhöhung der Einfuhr von Gütern wie Butter, Fleisch und anderem im Austausch gegen hochwertige Maschinen und Ausrüstungen ist nicht möglich. Das würde nämlich unweigerlich zur Verlangsamung des Tempos des Aufbaus unserer eigenen Industrie, z.B. der Chemie, führen, und die Deutsche Demokratische Republik würde nicht in dem Masse politisch und ökonomisch weiter gefestigt, wie es im Interesse der Sicherung des Friedens notwendig ist...

Wir haben auf einigen Gebieten der Wirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung noch Schwierigkeiten. Es fehlt oft noch an bestimmten Rohstoffen. Die Industrie hat noch nicht auf allen Gebieten den erforderlichen technischen Stand erreicht. In der Versorgung der Bevölkerung gibt es Lücken. Es ist jedoch nicht möglich, die Produktion von Konsumgütern ständig schnell zu erhöhen, ohne gleichzeitig die erforderliche Grundstoffbasis zu schaffen...»

Gewerkschaften

Sowjetunion

Neue Aufgaben

Im Zusammenhang mit den Massnahmen der Regierung zur Bestrafung der «arbeitscheuen Elementen», die ein «gesellschaftsfremdes, parasitäres Leben führen», fasste das Präsidium des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften kürzlich einen Beschluss «Über die Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisation zur Verschärfung der Bekämpfung von Personen, die sich von der öffentlich-nützlichen Arbeit drücken».

Da in diesem Beschluss nicht die Gewerkschaftsmitglieder, sondern ganz allgemein «Personen» genannt werden, bedeutet er

zunächst eine wesentliche Erweiterung der Kompetenzgrenzen der Gewerkschaftsorgane auf alle Bürger und somit eine grundsätzliche Abweichung von ihrem ursprünglichen Tätigkeitsbereich: Tätigkeit unter den Mitgliedern der Gewerkschaften. Ferner stellt dieser Beschluss auch rein materiell ein Novum dar, weil die Gewerkschaftsorgane damit einen Teil der Strafbefristungen der Justiz- und Parteidienste übernehmen. Das Präsidium beschloss nämlich folgende Massnahmen gegen die «arbeitsscheuen Personen»: ... die Kollektive der Werktäglichen der Betriebe und Ämter müssen im öffentlichen Verfahren Urteile über die Zwangsübersiedlung solcher Personen in speziell dazu bestimmte Orte für die Zeit von 2 bis 5 Jahren, über die Konfiszierung ihres Eigentums, welches sie nicht durch Arbeit erworben haben, sowie über den obligatorischen Arbeitseinsatz dieser Personen an ihren neuen Wohnorten fassen.

Eines der grössten Uebel der sowjetischen Gewerkschaften war bekanntlich seit Jahrzehnten ihre Bedeutungslosigkeit. Wenn die sowjetische Propaganda und die sowjetischen Gewerkschaftsvertreter an verschiedenen internationalen Konferenzen den Anschein zu erwecken versuchten, dass diese rein zahlenmäßig mächtige Organisation, die über 50 Millionen Mitglieder zählt, eine grosse Rolle im öffentlichen Leben des Landes spielt, so glaubten dem höchsten einige westliche Gewerkschaftsvertreter. Ihre wirkliche Rolle im öffentlichen Leben ging nicht über das Wiederkäuen der Parteidurchsetzung und die auch von offizieller Seite oft bemängelte Verteilung der Feriengutscheine an die Arbeiter und Angestellten hinaus.

Durch den neuen Beschluss gewinnt die Gewerkschaftsorganisation plötzlich an Bedeutung, die aber auf einer Ebene liegt und Formen umfasst, die mit der normalen Tätigkeit der Gewerkschaften nichts gemeinsam haben. Es handelt sich im Grunde genommen um die weitere und diesmal eine recht weitgehende «Verstaat-

lichung» der Gewerkschaften. Dies entspricht durchaus der von Chruschtschow am letzten Parteitag proklamierten bevorstehenden «Übernahme der staatlichen Funktionen durch die öffentlichen Organisationen». (Mit Strafforganisation zuerst.)

Die sowjetischen Theoretiker sehen sich gezwungen, den Widerspruch zwischen der logisch zu erwartenden Demokratisierung der Massenorganisationen beim Übergang zum Kommunismus, der mit der Zunahme des kommunistischen Bewusstseins der Bürger verbunden sein sollte und der Übernahme der neuen Zwangs- und Straffunktionen durch die Gewerkschaften irgendwie zu erklären. Sie tun dies auch irgendwie, indem sie z.B. feststellen, dass in den Bestrebungen und in der Tätigkeit des Staates, der Partei und der Gewerkschaften jetzt eine vollkommene Einheitlichkeit herrscht.

Dafür, dass über die eigentliche Rolle der Gewerkschaften im Zusammenhang mit den neuen staatlichen Funktionen keine Zweifel entstehen, sorgen die sowjetischen Theoretiker, indem sie klar und unmissverständlich feststellen: «Die Hauptfunktion der Gewerkschaften ist ihre Funktion als der Schule des Kommunismus, während die Funktion des Schutzes einen untergeordneten Charakter hat. Das heisst, dass der Schutz der alltäglichen Interessen und Forderungen der Arbeiter, obschon er vielseitig und tatkräftig sein soll, sein bestimmtes Mass haben muss.» (Voprosy filosofii Nr. 5, 1961.) Dass es sich dabei um eine Aufgabe auf längere Sicht handelt, beweist ein weiteres Zitat aus dieser Zeitschrift: «... Bis die Aufgabe der Erziehung zur neuen Arbeitsdisziplin, zur kommunistischen Einstellung zur Arbeit und zum öffentlichen Eigentum nicht in vollem Umfang gelöst wird, werden die Gewerkschaften notwendigerweise die Zwangsmethoden anwenden müssen.» Weiterer Kommentar erübrigt sich. So klar und deutlich sind die Aufgaben der Gewerkschaften als Werkzeug der Partei selten umschrieben worden.

Zentralamerikanisches Unruhegebiet: Guatemala

Staats- und Regierungsform: Präsidiale Republik. Das Parlament besteht aus einer Kammer (Congreso Nacional), deren Mitglieder auf vier Jahre gewählt werden. Allgemeines Wahlrecht, Wehrpflicht. Gliederung in 22 Departemente.

Die Regierung von General Miguel Ydígoras Fuentes (Präsident seit 1958) hat mit einer wachsenden Opposition zu kämpfen, die von Kuba beeinflusst ist und dem Regime Korruption und polizeistaatliche Methoden, darunter die strenge Pressekontrolle, vorwirft.

Einwohner: 3 750 000.

Bevölkerung: Über die Hälfte Indianer, ein Drittel Mestizen, außerdem Neger und Mulatten, die Weissen konzentrieren sich hauptsächlich auf die Städte.

Staatssprache: Spanisch. (Daneben verschiedene indianische Dialekte.) Religion: römisch-katholisch.

Städte: Guatemala (City), Hauptstadt, 560 000 Einwohner; Champerico, Coban, Flores, Yzabal.

Export: 70 Prozent des Ausfuhrwertes Kaffee, ferner Bananen, Pflanzenöle.



0 50 100 200 300 400 km.

Mitgliedschaft: Uno, OAS.

Zucht**Tschechoslowakei**
Gackern verboten

Den tschechischen Hühnern hat man durch Hormoneinspritzungen das Gackern abgewöhnt. Die weiteren Auswirkungen dieser Behandlung werden vermutlich die Konsumenten von tschechischem Geflügel feststellen können.

Über die stumm gewordenen Hühner in einem Kollektivgut berichtete die «Rude Pravo» vom 12. Juli:

«Dieses Jahr ist es uns gelungen, eine unserer Selbstverpflichtungen zu erfüllen. Wir hatten uns verpflichtet, den Hennen das Gackern, das das Legen von Eiern beträchtlich herabsetzt, abzugewöhnen. Mit Hilfe von einer einzigen Injektion synthetischer Hormone ist es uns gelungen, bei 3000 Hennen das Gackern zum Verstummen zu bringen. Durch die erhöhte Leistung konnten die Werktätigen 120 000 Eier mehr erhalten. Wenn unsere Aktion im ganzen Staatsgebiet nachgemacht wird, werden im nächsten Jahr viele Millionen von Eiern mehr gelegt werden können...» Der Kommentar könnte sich auf der Feststellung beschränken, dass in Jugoslawien jetzt nicht einmal mehr die Hühner gackern dürfen. Immerhin weist das Beispiel auf die Tendenz zu einer forcierten Hormonbehandlung von Geflügel hin. Vom Uebertreiben dieser Zuchtmethoden ist man im Westen bereits wieder abgekommen, da sich anscheinend beim häufigen Genuss von Poulets dieser Art peinliche Auswirkungen bemerkbar zu machen begannen. Möglicherweise wird das tschechische Exportgeflügel auch in jenen Kreisen auf eine gewisse Skepsis stossen, die sonst nach der Herkunft der Ware nicht weiter fragen.

Personelles**Baraks neues Amt**

Der als Innenminister abgesetzte Rudolf Barak (KB Nr. 26) hat sein neues Amt im Rahmen der grossen von Novotny durchgeföhrten personellen Umschichtungen in Regierung und Partei der CSSR gefunden: Er ist Leiter des Regierungskomitees zur Lenkung der Nationalausschüsse geworden, dessen Errichtung an der Zentralkomiteesitzung der KPC vom letzten Juni beschlossen worden war.

Damit bestätigt es sich, dass er wohl einerseits in der Hierarchie gesunken ist, andererseits aber doch keinesfalls von der zentralen Leitung ausgeschaltet ist. Auf seinem früheren Posten hatte er zweifellos eine politische Machtposition ersten Ranges (dem Innenministerium unterstehen in den kommunistischen Staaten Sicherheitsdienst und politische Polizei), ist aber andererseits doch mit der Aufgabe betraut worden, eine verfahrene Situation wieder einzurichten.

Erst vor einem Jahr waren den Nationalausschüssen in der neuen Verfassung vom

Redaktionelle Mitteilung

Während der kommenden Ferienzeit im August wird «Der klare Blick» vierseitig erscheinen. Der verkleinerte Umfang wird fünf Ausgaben (Nrn. 30 bis 34) umfassen.

Red. KB

11. Juli (deren Jahrestag von der tschechoslowakischen Presse nahezu übergangen wurde) grössere Kompetenzen in Aussicht gestellt worden.

Ein bedeutender Artikel betrifft die Vermehrung der Verantwortung und Kompetenzen sowie Verfügungsgewalten der Nationalausschüsse — gewählte Körperschaften, die in der Verwaltung der Dörfer, Gemeinden, Bezirke und Kreise eine bedeutende Rolle spielen. Dieser Teil der neuen Verfassung, der unter dem Schlagwort «demokratischer Zentralismus» (KB Nr. 28) verkündet wurde, beabsichtigte eine Vermehrung der Verantwortung dieser Komitees mit dem Ziel, die stagnierenden Verhältnisse auf dem Lande zu verbessern.

Vor einem Jahr, als die Verfassung angenommen wurde, sandte man gleichzeitig aus den Städten eine grosse Zahl örtlicher Funktionäre, die die Nationalkomitees vertraten, auf das Land. Man hoffte, dass sie in der Lage sein würden, durch verstärkten Druck auf die landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe eine Verbesserung der Arbeitsweise zu erreichen.

Dass diese Massnahme nicht den gewünschten Erfolg zeitigte, bestätigte im Juni dieses Jahres Staatspräsident Antonin Novotny als er verkündete, dass eine Regierungskommission für die «zentrale Kontrolle» der Nationalkomitees gebildet wurde.

Die Lenkung der Nationalausschüsse — beziehungsweise der örtlichen Räte — wurde in allen Volksdemokratien nach sowjetischem Muster gelöst. Bis Anfang der fünfziger Jahre gab es im Innenministerium ein Departement für die Staatsverwaltung, welche die Kontrolle über die Verwaltungsorgane ausführte. Später wurde aber das ganze Departement dem Ministerrat unterstellt. Der Name dieses Departementes ist in den verschiedenen Volksdemokratien — respektive in der Sowjetunion verschieden, ohne weitgehenden Unterschied in bezug auf die Zuständigkeit aufzuweisen.

Kultur**Ungarn**
Keine Helden

«Positive Helden leben unter uns. Man muss sie nur ausfindig machen und verfilmen. Das ist die Aufgabe des sozialistischen Films.» So schliesst in «Magyar Nemzet» ein Artikel über die Mängel der ungarischen Filmproduktion, aus der vor allem der «positive Held» verschwunden sei.

Der Verfasser Loszlo Nagy hält zwar die Behauptung für «übertrieben», dass der ungarische Film letztes Jahr seinen Tiefpunkt erreicht habe, ist aber auch der Meinung, dass es viel zu verbessern gebe. Was zur Kritik Anlass gibt, ist bezeichnenderweise die «Lösung der Gegenwartsprobleme» und die Behandlung der «gesellschaftlichen Themen».

Immerhin will der Autor nicht die kommunistische Gesellschaftsordnung, sondern lediglich ihre filmische Darstellung beschreiben, wenn er ausführt: «Es gibt keine Helden, die wissen, was sie wollen, und sich für ihre Ziele leidenschaftlich einsetzen. Die Story für das Publikum ist sehr oft so aufgebaut, dass man ihr keinen Glauben schenkt.» Eben.

Kriminalität und Erziehung**Polen****Mehr junge Verbrecher**

Einem Absinken des allgemeinen Verbrechertums steht in Polen eine gestiegerte Jugendkriminalität gegenüber. Diese von Justizminister Marian Rybicki in Zycie» (Warschau) mit Zahlen belegte Feststellung kann in ihren beiden Komponenten irreführend sein.

Im ersten Quartal von 1960, heisst es, hätten die Kreisgerichte 145 000 Straffälle zugewiesen erhalten, im entsprechenden Zeitraum dieses Jahres dagegen nur 122 000. Die Zahl der jugendlichen Delinquenten aber sei zwischen den beiden selben Vergleichsperioden von 6400 auf 7896 angestiegen. Das entspricht einem allgemeinen Anwachsen der Jugendkriminalität in den letzten Jahren, hätten sich doch die Gerichte 1958 noch mit 20 383 Strafanlegenheiten gegen Halbwüchsige zu befassen gehabt, letztes Jahr aber schon mit 28 196.

Nun gibt es bei beiden Kurven Fehlerquellen, die eigentlich zu berücksichtigen wären. In einem Fall werden sie vom Justizminister erwähnt (ohne als ausreichende Erklärung dargestellt zu werden), im andern nicht. Rybicki (und sein Ko-Autor Kazimierz Kosztirko) macht durchaus zu Recht auf den starken Geburtenzuwachs in den Nachkriegsjahren aufmerksam, der bewirkt, dass die absolute Zunahme der Jugendkriminalität wesentlich stärker ist als die prozentuale (die nicht in Zahlen vermerkt wird).

Was aber den Rückgang der allgemeinen Kriminalität anbetrifft, so vergisst der Justizminister anzuführen, dass die Vergleichszahlen in einer Beziehung hinken. Gegenübergestellt werden nämlich nur die Zahlen von Fällen, welche vor ordentlichen Gerichten zur Behandlung kamen. Gerade in der Zeit aber wurde die Institution der «Kameradschaftsgerichte» eingeführt, die laut offizieller Version ja unter anderem da sind, um die ordentlichen Justizorgane zu entlasten. Schon letzten Herbst war vom Funktionieren dieser gesellschaftlichen Gerichte in etlichen Wojewodschaften berichtet worden, und unterdessen haben sie sich sicherlich vermehrt. Nun wurden dort sicher Angelegenheiten verhandelt, die sonst ohne Gerichtsverfahren disziplinarisch oder durch irgendwelche Druck- oder Erziehungsmaßnahmen erledigt worden wären, aber zahlreiche andere Fälle (Arbeitsdisziplin, Kleindiebstähle, Rodwütum) wurden auf diese Art den normalen Gerichtsbehörden entzogen.

Formalistisch könnte eingewandt werden, dass diese Fälle nach neuer Definition eben keine strafrechtlich sondern nur noch gesellschaftlich verfolgte Vergehen umfassen. Nur ist dann kein Vergleich mehr möglich, denn er muss mit gleichen Elementen durchgeführt werden, um schlüssig zu wirken.

Die Steigerung der Jugendkriminalität sieht Rybicki vor allem als Erziehungsproblem. Der Mangel an Schulräumlichkeiten und Jugendheimen, an Erzieher und Lehrpersonal ist eines der grösseren inneren Probleme des Landes. Andererseits scheint die Beschaffung von Lehrernachwuchs (obwohl gefördert) weniger forciert zu werden als die Sicherstellung von genügend Leitern für die kommunistische

Jugend-Organisation der Pioniere, für welche sogar ständig eine grössere Anzahl von Lehrern beurlaubt ist.

Anders in Ungarn?

Ist die Jugendkriminalität in Polen im Anstieg begriffen, so vermindert sie sich in Ungarn. Dies wenigstens ist die Version dortiger Veröffentlichungen, die den Rückgang des Jugendverbrechertums als einen «Gegensatz zum Westen» herausstreichen, ohne dem Vergleich das Rowdy- und Halbstarkeproblem in den kommunistischen Staaten anzuschliessen, die fast durchwegs grosse Kampagnen gegen jugendliche «Schädlinge der Gesellschaft und Parasiten» durchführen. Im übrigen gilt auch in Ungarn, dass das Registrieren von Kriminalität die erweiterte Praxis der gesellschaftlichen Gerichte ebenfalls erfassen müsste, um Vergleiche auf gleicher Basis zu ermöglichen.

Eine kürzliche Dissertation zur Erlangung des Kandidatentitels befasste sich mit den Gründen der Jugendkriminalität in Ungarn und erwähnte dabei die unbefriedigende Betreuung der Jugendlichen im Mittelschuljahr und die Verwöhnung der Jugend durch die Gesellschaft, wobei sich jetzt vor allem die diesbezüglichen Fehler während der fünfziger Jahre auswirkten. Tatsächlich bestand diese «Verwöhnung durch die Gesellschaft», die seit 1948 mehr oder weniger in allen Volksdemokratien ausgeprägt war, hauptsächlich in der Untergrabung der Schulautorität durch die KP-Jugendorganisationen. Die Schulen wurden eigentlich nicht von der Schuldirektion, sondern von den Pioniervereinigungen beherrscht, so dass die Lehrer nicht wagten, schlechte Noten zu geben, die Kinder zu tadeln oder gar zu strafen. Diese liefen mit ihren Beschwerden sofort zur Pionierleitung, und auf Grund solcher Anzeigen wegen Geringfügigkeiten wurden zahlreiche Lehrer entlassen. Heute «beschränken» sich die KP-Jugendorganisationen im wesentlichen auf die ideologische Erziehung und die kontrollierte Freizeitgestaltung, die oft sehr attraktiv organisiert wird.

Gebrauchsterminologie im Osten

Partei-Organe (II)

Komitee für Parteikontrolle

Vom ZZK organisiert und in seinem Rahmen arbeitend, Aufgaben: 1. Ueberwacht die Einhaltung der Parteidisziplin bei Mitgliedern und Kandidaten; diese können wegen Verletzung der Staats- und Parteidisziplin oder der Parteimoral zur Verantwortung gezogen werden. 2. Ueberprüft die Berufungen gegen die Beschlüsse der niedrigeren Parteiorgane (Art. 35). Die im Punkt 1 aufgezählten Kompetenzen sind so elastisch umschrieben, dass das ZK auf Grund dieser Bestimmung gegen jedes Parteimitglied ohne Ausnahme zu jeder Zeit auftreten und verfahren kann.

Nationale Parteikonferenz

In den Volksdemokratien kann das Zentralkomitee besondere nationale Parteikonferenzen einberufen. Zusammenstellung und Arbeitsprogramm der Tagung fallen ausschliesslich in die Kompetenz des ZKs. Die Konferenz ist ermächtigt, im ganzen Parteibereich weitgehende Änderungen personeller oder organisatorischer Art zu

Curriculum der Woche

ERICH HONECKER

Sekretär des SED-Zentralkomitees und Mitglied des Politbüros.

Geboren 1912 in Neunkirchen (Saar). Erlernt nach der Volksschule den Beruf eines Dachdeckers. Bereits mit 14 Jahren Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes (KJV) und 1929 Mitglied der Kommunistischen Partei (KPD). 1931 Sekretär des KJV im Saarland. In diese Zeit fällt auch ein erster Besuch in der Sowjetunion. Nach 1933 arbeitete er im Untergrund gegen das Hitler-Regime und wurde 1935 verhaftet und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach dem Krieg wurde er mit dem Aufbau der KP-Organisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) betraut und blieb bis 1955 Vorsitzender dieser Vereinigung. Seit 1946 Mitglied des ZKs der SED.

Eine neue Karriere öffnete sich ihm 1956, als er zum kandidierenden Mitglied des Politbüros ernannt wurde. 1956 und 1957 Studien in der UdSSR, nach seiner Rückkehr Leiter der militärpolitischen Abteilung des ZKs der SED. Darnach wurde er Leiter der Abteilung für Sicherheit. Im Februar 1958 folgte seine Ernennung zum Sekretär im Zentralkomitee, und im Juli des gleichen Jahres wurde er Vollmitglied des Politbüros. Weiterhin Mitglied des Zentralrates der FDJ und Abgeordneter in der Volkskammer (Parlament).

beschlossen, doch ist die Gültigkeit durch das ZK von der Bestätigung abhängig. Gutgeheissene Beschlüsse sind für die ganze Partei verbindlich. Auch diese Institution bestätigt also die Machtposition des ZKs innerhalb des Parteiapparates. Besonders weitgefassst sind die Befugnisse der nationalen Parteikonferenz in der Tschechoslowakei. Das KPC-Statut ermächtigt die Konferenz unter anderem zur Abänderung des Parteistatus und zur Ersetzung eines Teils des ZK-Mitgliederbestandes.

Grundorganisationen und Organisationen

Grundorganisationen (kleinste autonome Parteieinheiten = Sektionen) werden in Betrieben, Kolchose und Sowchosen, Armee-Einheiten, in Dörfern, Aemtern usw. errichtet. Vorgeschriften ist eine Mindest-Mitgliederzahl von drei Personen. Grössere Grundorganisationen können als Unterabteilungen in bedeutenderen Betrieben (Grosswerkstätten, Fabriken) Parteiorganisationen errichten (minimal 50 Mitglieder), die aber trotz ihrem höher angesetzten Mitgliederbestand in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Grundorganisationen stehen. Die Unterscheidung von Grundorganisation und Organisation wird nur in der sowjetischen Partei (KPdSU), nicht aber in den Volksdemokratien getroffen.

Auch Parteiorganisationen bei den staatlichen Ministerien sind mit Kontrollaufgaben betraut, die sie offiziell jedoch nur indirekt ausführen: Sie lenken die Aufmerksamkeit der betreffenden staatlichen Behörde und des ZKs der Partei auf festgestellte Unzulänglichkeiten (Artikel 54 bis 59 des Statuts der KPdSU).

(Fortsetzung folgt)

BRIEFE

Ermunterung zu atomaren Abenteuern?

T. W. in Basel zu «Unsere Meinung» in KB Nr. 28. Ich bin ein überzeugter Gegner des modernen Totalitarismus und wäre deshalb dafür, dass alle antikommunistischen Organisationen und Bewegungen vermehrt mit Caux zusammenarbeiten. Ich bin auch für die Beteiligung der Schweiz an der Einigung Europas und würde unter Umständen sogar einem Beitritt unseres Landes in eine atombewaffnete Nato oder WEU zustimmen.

Aber: Ich habe bei den 72 000 unterschrieben, und zwar aus zwei Gründen: Erstens: Die Frage der Atombewaffnung muss wegen ihrer grossen Bedeutung grundsätzlich von Volk und Ständen entschieden werden. Zweitens: Eine Ausrüstung der kleinen neutralen Schweiz mit Atomwaffen würde, noch mehr als die Atombewaffnung von Nato und WEU auch von den Herren Sukarno, Kassem und Nasser beobachtet werden und diese verantwortungslosen «kleinen» Diktatoren zu eigenen atomaren Abenteuern ermuntern.

Zu erwägen wäre dann noch die Abschaffung unserer Bundespolizei, weil sie eventuell diesen Herren als Rechtfertigung ihrer diktatorischen Machtausübung dienen könnte. Im übrigen stellt unsere bewaffnete Neutralität kein Beispiel für politisches Abenteuerum dar, sondern ein Gegenbeispiel dazu, denn sie steht zu ihrer Verantwortung, die Werte zu behaupten, die sie verkündet. Würde das aussenpolitische Verhalten der erwähnten Männer auf die Schweiz Bezug nehmen (was es nicht tut), würde es sich nicht um eine Beachtung, sondern um eine Missachtung unserer wehrhaften Neutralitätsprinzipien handeln. Diese, verbunden mit der Solidarität in einer vom Totalitarismus bedrohten Welt, erlauben uns gerade, die Neutralität nicht als opportunistische Spekulation ohne geistige Zugehörigkeit zu handhaben, nicht als abenteuerliches Lävieren zwischen den Mächten, sondern als Ausdruck unserer selbständigen Unabhängigkeit innerhalb einer freien Welt.

Red. KB.

Partei

Japan Uneinigkeit

Die Vorbereitungen zum achten Parteitag der kleinen aber aktiven kommunistischen Partei Japans Ende dieses Monats wurden durch den Austritt eines hohen Funktionärs unterbrochen.

Schojiro Kasuga, der Vorsitzende des zentralen Kontroll- und Revisionskomitees der Partei, erklärte auf einer Pressekonferenz am 8. Juli in Tokio, dass er seine Mitgliedschaft niederlege, da er mit dem Entwurf des Parteiprogramms, der dem Parteitag zur Annahme vorgelegt werden soll, nicht einverstanden sei und dass es ihm unmöglich gewesen sei, seine Ansichten innerhalb der Partei zu erklären.

Nach der Pressekonferenz sandte Kasuga einen Brief an das Zentralkomitee der Partei, in dem er seinen Austritt erklärte und seine Absicht verkündete, eine neue Partei «auf vollständig neuer Basis» zu gründen, und die, laut einem Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Neues China aus Peking die kommunistische Partei bekämpfen soll.

Unser Memorandum

Eines der Traktanden des im Oktober 1961 stattfindenden 22. Parteitages der KPdSU bildet das neue Parteiprogramm. Im Januar beschloss das Zentralkomitee den Programmentwurf zwecks öffentlicher Diskussion rechtzeitig zu veröffentlichen. Monatlang danach war es still um dieses wichtigste Parteidokument. Das war nicht sehr verwunderlich, denn die Verzögerung und wiederholte Verschiebung der Neufassung des Parteiprogramms ist schon zur Tradition geworden. Unzählige Male noch zu Stalins Zeit wurden Beschlüsse über die Neufassung des Parteiprogramms gefasst und sogar spezielle Kommissionen zur Ausarbeitung des Programms aufgestellt.

Abgesehen davon, dass eine Partei, die den Anspruch auf die Gestaltung der Zukunft der Menschheit erhebt, ihre Tätigkeit nicht auf einem Programm aufbauen kann, welches in den Anfängen der Sowjetherrschaft im Jahre 1919 angenommen wurde und in dem alle innen- und ausenpolitischen Veränderungen des letzten halben Jahrhunderts unberücksichtigt sind, war zu erwarten, dass Chruschtschew sich bemühen wird, nun auch als Parteitheoretiker zu glänzen. Die theoretischen Parteiprobleme sind auch das letzte Gebiet, auf dem er Stalin noch nicht übertrumpft hat.

Im Juni wurde ein Beschluss des Zentralkomitees bekanntgegeben, demzufolge der Entwurf des Parteiprogramms Chruschtschews bereits vorliegt, vom ZK gutgeheissen wurde und in den nächsten Wochen veröffentlicht werden soll. Wie die angekündigte «Diskussion» des Programms, zu dem die höchste Parteiinstanz ihr Ja und Amen bereits gesagt hat, sich entwickeln wird, kann man sich ja vorstellen. Man kann auch mit grösster Sicherheit voraussehen, dass die «friedliche Koexistenz» den Grundstock des aussenpolitischen Teils des Programms bilden wird, während die Verschärfung des Kampfes gegen den Dogmatismus, wie aus dem neuesten Konflikt mit China hervorgeht, wahrscheinlich den Hauptteil des Abschnittes internationale kommunistische Bewegung ausfüllen wird. Am schwierigsten dürfte für Chruschtschew wohl die Lösung der zentralen Frage des neuen Programms sein — über die Rolle der kommunistischen Partei in der künftigen kommunistischen Gesellschaft. Was in dieser Beziehung bisher von Chruschtschew gesagt wurde, steht in einem so krassen Widerspruch zu den bis jetzt offiziell noch gültigen theoretischen Grundsätzen Stalins, dass das neue Programm zwangsläufig eine Desavouierung des Theoretikers Stalin bedeuten wird.

Stalin schrieb in seinem Werk «Fragen des Leninismus»: «... mit dem Verschwinden der Klassen, mit dem Absterben der Diktatur des Proletariats muss auch die Partei absterben.» Diesen Standpunkt vertrat übrigens auch Lenin, denn unter dem Absterben des Staates versteht der Marxismus das Absterben der Macht eines Teils der Gesellschaft über den anderen Teil. Demgegenüber behauptet Chruschtschew: «... im Laufe des Aufbaues der kommunistischen Gesellschaft muss die Rolle der Partei zunehmen» («Prawda», 28. Januar 1959). Chruschtschew beschränkt

dabei entgegen dem marxistischen Grundsatz den Begriff «Macht» auf die «Staatsmacht» und schliesst dabei, wenn er über das Absterben des Staates spricht, willkürlich die Partei von diesem Begriff aus. Nur durch diese dialektische Akrobatik erklärt sich die neue Formel Chruschtschews, dass mit dem Absterben des Staates die Rolle der Partei zunehmen wird.

Diese Begriffsverwirrung in der Frage des Absterbens des Staates beim Übergang zur kommunistischen Gesellschaft beweist andererseits, dass man heute an eine Abnahme der Machtbefugnisse der Partei gar nicht denkt, obschon gemäss dem Marxismus-Leninismus bereits beim Sozialismus in der klassenlosen Gesellschaft die Macht allmählich absterben soll. Dies beweist auch die Richtigkeit des von Djilas aufgestellten Begriffes neue Klasse, indem nach der Vernichtung der alten Klasse die neue Klasse der Parteibürokratie entsteht, die die Macht braucht.

Der Schnapschuss

Die SBZ gibt ihren Rentnern nicht nur Renten, sondern auch noch ein Hobby für ihren Lebensabend: Weiterarbeit. «Neues Deutschland» berichtet: «Sechs Rentnerbrigaden wurden mit Hilfe des Ortsausschusses der Nationalen Front und der Volksvertretung in Ilfeld, Kreis Nordhausen, gebildet. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, notwendige Reparaturen an Häusern auszuführen... 33 Rentner — ehemalige Handwerker — gehören den Baubrigaden an.» (Die niedrigen Rentenansätze, verbunden mit den hohen Lebenshaltungskosten,

zwingen nicht nur in Ostdeutschland die Rentner praktisch zur Weiterarbeit. Das Einkommen setzt sich dann meist aus einem niedrigeren Rententeil und einem Lohnanteil — je nach Ausmass der Arbeit — zusammen, wobei ein Plafond ungefähr in der Höhe des früheren Lohnes festgelegt ist.) *

Dmitri Sostakowitsch, Präsident der Komponistenvereinigung der RSFSR, lehnte die Zwölftonmusik mit folgender Begründung ab: «Das dodekaphonische System ist in allererster Linie dogmatisch, und wie jedes Dogma trocken, leblos und öd.» Ueber den Marxismus sagte er in diesem Zusammenhang nichts. *

Eine Gegenüberstellung der Prager Zeitung «Rude Pravo»: Täglich treffen auf der Redaktion Briefe von «Bauarbeitern» (wohl der in ihrem Namen schreibenden Funktionäre) über vorzeitige Erfüllung ihrer Arbeiten ein. Ebenso häufig sind andererseits Schreiben mit Klagen der Bevölkerung über die ewigen Terminverlängerungen für die Fertigstellung von Wohnungen. Das KP-Blatt schenkt den letzteren Stimmen mehr Glauben, den es stellt fest, dass auch bei den wichtigsten und zentralisierten Bauvorhaben (d.h. nicht Wohnungen, sondern Industrie und öffentliche Gebäude) das Plansoll nicht erfüllt werde. Hauptgrund: Mangel an Arbeitskräften, die überdies durch die simultane Inangriffnahme zu vieler Bauwerke zersplittert würden. Weitere Gründe: Schlechte Arbeitsorganisation, Disziplinlosigkeit, niedriges Leistungsniveau.



Apfel supponiert

steht sinngemäss auf dem Plakat, welches in der Zeichnung der letzten «Krokodil»-Nummer der Tellenknabe auf dem Kopf trägt. Die Moskauer satirische Zeitschrift bringt die Karikatur mit der Überschrift «Zeitgemäss Neu-Inszenierung des Wilhelm Tell» und kritisiert damit den Früchte- und Gemüsemangel in den staat-

lichen Lebensmittelgeschäften (wogegen im illegalen Handel und auf den Kolchosmärkten die Waren noch eher erhältlich sind — siehe KB Nr. 26). Ein Apfelschuss, der trifft.

Die Inspiration zum gewählten Motiv mag der Zeichner durch den Moskauer Filmfestival erhalten haben, wo die letzte schweizerische Verfilmung des Wilhelm Tell zu sehen war.